

Gerulf Stix

Bitte keinen globalen Religionskrieg!

Neue Frontenbildung mit Blickrichtung Nahost

Durch Europa schwappt eine neue ideologische Welle. Sie speist sich aus scheinbar miteinander unvereinbaren Quellen und bündelt deren Rinnsale zu einem anschwellenden Strom mit politischer Stoßrichtung. Die Rede ist von der ideologischen Verbrüderung von so genannten rechten Gruppen mit fundamental christlichen Kräften und radikal-zionistischen „Hardlinern“ zum Zwecke eines gemeinsamen Kampfes gegen die Islamisierung. Noch ist diese Entwicklung nicht weithin sichtbar, aber sie ist vielerorten heftig im Gange. Anzeichen dafür gibt es viele, zum Teil werden sie als Einzelereignisse gesehen und gewertet. Es verhält sich damit so ähnlich, wie es der Volksmund meint, wenn er davon spricht, dass jemand „den Wald vor lauter Bäumen“ nicht sieht.

Ein solches Einzelereignis beispielsweise war der Besuch einer FPÖ-Delegation Ende letzten Jahres in Israel und der Gegenbesuch israelischer Politiker in Österreich. H.-C. Strache hat dazu in der Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ vom 23. Dezember 2010 hochoffiziell eine recht plausible Erklärung veröffentlicht. Sein Resümee in der zwei Seiten umfassenden Erklärung zieht er dahin gehend, dass er „auch auf internationaler Ebene Akzeptanz und Respekt aufbauen“ wolle. Für sich genommen also ein vertretbares Anliegen. Die in diesem Zusammenhang in Richtung Islam getätigten Äußerungen unter Bezugnahme auf das „christliche Abendland“ deuten allerdings schon die größere Dimension an.

Weitere Einzelereignisse, wenn man jedes für sich betrachtet, sind die kolportierten Äußerungen etwa von Geert Wilders in den Niederlanden oder die Aussagen des von der CDU abgesprungenen René Stadtkewitz in Berlin. Sie zielen alle in die gleiche Richtung.

Angesprochen wird ein christlich-jüdischer Schulterschluss, um der drohenden Islamisierung gemeinsam entgegen zu treten. Der beachtenswerte Unterschied, dass die Bedrohung durch islamisch geprägte Gruppen für den Staat Israel inmitten islamischer Völkerschaften einen gänzlich anderen Charakter aufweist als die Gefahr, die für Europa durch die Masseneinwanderung von Menschen aus dem islamischen Kulturkreis entsteht, wird dabei verwischt. Doch bleibt diese unterschiedliche Sachlage selbstverständlich zu beachten.

Welche Rolle spielt Geert Wilders?

Eine besonders interessante Rolle dürfte Geert Wilders spielen. In den Niederlanden hat er es schon so weit gebracht, dass die Regierung auf seine Unterstützung politisch angewiesen ist.

In einer längeren Abhandlung unter dem Titel „Israels Mann in Europa“ in der neuen Zeitschrift COMPACT vom Dezember 2010 befasst sich Andrea Ricci, Beirut, mit diesem neuen Star auf der politischen Bühne. In seiner Beurteilung seien sich „Linke“ wie „Rechte“ keineswegs einig. Die einen halten ihn für einen „gefährlichen Rechten“, die anderen halten dagegen, dass Wilders selbst stets betone, dass er gegen den Islam, jedoch nicht gegen die Einwanderer sei; er verteidige einfach das „christlich-jüdische Erbe“. Nur am Rande sei ange-

merkt, dass eben diese Formel vor kurzem auch aus dem Mund des deutschen Bundespräsidenten Wulf (CDU) zu vernehmen war. Wie immer man diese Verwicklungen auch interpretieren mag, es zeigt sich hier wieder einmal recht klar, wie unbrauchbar die übliche Klassifizierung nach dem primitiven Rechts-Links-Schema geworden ist. Sie dient nur mehr einer allzu vereinfachenden Etikettierung politischer Gegner im ideologischen Grabenkampf. Ernsthafte Analyse dient sie nicht.

Die Stimmung in der Bevölkerung

Man darf angesichts der Aufmerksamkeit, die sich auf einzelne exponierte Personen richtet, nicht übersehen, dass diese von einer sehr breiten Grundströmung an Zustimmung in der einheimischen Bevölkerung getragen werden. Dieser stillen, weit verbreiteten Grundstimmung tragen die allgemein anerkannten Medien kaum oder überhaupt nicht Rechnung. Wie groß die Kluft ist, die sich hier auftut, wurde schlagartig durch das aufrüttelnde Buch „Deutschland schafft sich ab“ des Sozialdemokraten Thilo Sarrazin sichtbar. (Vgl. Volkmar Weiß im Genius-Brief 9–10/2010) Dieses Buch hat inzwischen, wie berichtet wird, über eine Million Käufer gefunden, obwohl die etablierten Meinungsmacher auf Sarrazin erbittert losgeschlagen haben.

Warum sich in der eingewachsenen Bevölkerung diese massive Ablehnung der Flut an Zuwanderern aus fremden Kulturkreisen aufgebaut hat, ist bei rein sachlicher Betrachtung leicht zu erklären. Diese Zuwanderer brachten und bringen andere Anschauungen und eine völlig andere Lebensweise mit und wollen diese auch hier nicht aufgeben. Dadurch fühlen sich die Einheimischen stark beeinträchtigt. Das ist die Realität. Ideologisch motiviertes Schönreden dieser Situation ändert an ihr nichts. Und weil es um diese Realität geht, muss auch festgehalten werden, dass der Kern des Problems die Massenzuwanderung ist, nicht aber ein ideologisches oder gar religiöses. Wohlgemerkt: Es geht um die Menge der Einwanderung; die Einwanderung weniger Personen oder kleiner Gruppen im Bereich von wenigen Prozenten bedeutet kein nennenswertes Problem.

Kritik an der Einwanderung mutiert zur Religionskritik

Zurück zu dem Aufreger aus den Niederlanden. Ricci schreibt dazu: „Geert Wilders steht exemplarisch für eine Transformation der Rechten in Europa – auch in der Bundesrepublik. Das, was man früher in jenen Kreisen solide als ‚Überfremdung‘ bezeichnet hat, trägt heute den flotten Namen ‚Islamisierung‘. Man übt keine Kritik mehr an der massenhaften Einwanderung, sondern gibt sich – ganz aufgeklärt – als besorgter Religionskritiker. Dieser Trend reicht bis weit in die Mitte... Auch Wilders spielt massiv auf dieser postmodernen Klaviatur.“

Hier in den Alpenländern ist diese Melodie nicht unbekannt. In Österreich ist es die Strache-FPÖ, die unverdrossen „gegen die Islamisierung“ kämpft und dabei immer mehr Zustimmung gewinnt, wie das Ergebnis bei der jüngsten Wiener Landtagswahl zeigt.

In der Schweiz haben die Bürgerinnen und Bürger bei einer Volksabstimmung mehrheitlich für ein Verbot von Minaretten gestimmt. (Vgl. „Kreuz und Minarett – Symbole in einem Stellvertreterkrieg“, Genius-Brief 1/2010) Gerade bei den Schweizern kann man wohl schwerlich von Bürgern reden, die besonders zu Radikalität neigen; eher trifft das Gegenteil zu. Und auch in der Schweiz argumentierten die führenden Medien ganz überwiegend gegen ein Minarettverbot. Trotzdem setzten die durch und durch demokratischen Schweizer Stimmbürger ein klares Signal gegen – ja, gegen was? Gegen den Islam? Gegen die in der Schweiz mit rund 20 Prozent vergleichsweise besonders hohe Fremdzuwanderung? Oder vielleicht gegen eine Kombination von beidem, also gegen eine von Zuwanderern mitgebrachte und hier ausgelebte „Islamisierung“ des gesellschaftlichen Lebens? Wahrscheinlich trifft Letzteres zu.

Das Problem wird einfach umbenannt

Mit den Symbolen Kreuz und Minarett wird ganz offensichtlich deswegen eine Art von Stellvertreterkrieg geführt, weil es um das Eindringen ganzer Völkerschaften aus fremden Kulturkreisen geht, aber genau dieser Umstand, dass es sich eben um fremde Völkerschaften, um fremde Ethnien handelt, nach herrschender Sprachregelung nicht ausgesprochen werden darf. Das offen auszusprechen ist verpönt, weil es „Rassismus“ wäre. Also wird auf ein offiziell unverfänglicheres Schlachtfeld ausgewichen. Man stellt die Religion in den Vordergrund und erklärt das Problem dieser Wanderungsbewegung zu einer konfessionellen Frage: Christentum gegen Islam. Das klingt vermeintlich besser, eckt weniger an und erspart den heute üblichen Vorwurf des „Rassismus“. Was aber wird die Folge aus dieser Verschiebung sein? Was passiert, wenn die Konfessionalisierung Eigendynamik entwickelt?

Die Verschiebung des Konfliktes in den religionspolitischen Bereich bringt die Gefahr neuer Religionskriege mit sich. Abgesehen davon, dass man damit den Religionen nichts Gutes tut, haben es Religionskriege erfahrungsgemäß an sich, besonders heftig geführt zu werden, wenn sie nur erst einmal in Schwung gekommen sind. Das lehrt die Geschichte Europas eindringlich. Dem kundigen Leser werden dazu viele Beispiele einfallen, weswegen es sich erübrigt, solche hier auszumalen.

Angesichts einer Welt, die wahrlich nicht arm an kriegerischen Konflikten ist, heißt es mit dem Feuer zu spielen, wenn man dort zu einer großen Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Religionen mobilisiert, wo es in Wirklichkeit eben nicht um einen Religionskonflikt geht. Die als Bedrohung empfundene Islamisierung resultiert ja nicht aus einer besonders erfolgreichen Missionstätigkeit des Islams als Konfession, sondern aus der Tatsache, dass zahllose Muslime als Menschen zu uns kommen und auch hier traditionsbewusste Muslime mit allen gesellschaftlichen Konsequenzen bleiben wollen. Das Problem ist also nicht die Religion, sondern die massenhafte Einwanderung solcher Menschen. Was tatsächlich scheitert, ist die so genannte multikulturelle Gesellschaft, wie das sogar die deutsche Bundeskanzlerin Merkel entsetzt festgestellt hat.

„Die Geister, die ich rief...“

Wer die europäische Einwanderungsproblematik zu einer Auseinandersetzung zwischen Christentum und Islam hochstilisiert, öffnet globale Schleusen, deren austretende Fluten unkalkulierbar sind. Denn es liegt in der Logik der Sache, dass damit weltweit eine Solidarisierung aller Christen einerseits und eine Solidarisierung aller Muslime andererseits erwartet, unterstellt, ja regelrecht provoziert wird. Die in einigen islamischen Ländern bereits zunehmende Christenverfolgung deutet leider bereits in diese Richtung. Auch die drohende Rhetorik des türkischen Premiers Erdogan gibt zu denken: „Türken und Araber haben diese Region gemeinsam in der Zeit der Kreuzzüge verteidigt.“ („Die Presse“ vom 13. Jänner 2011) Logischerweise sprengt das in weiterer Folge den Rahmen jeder national orientierten Politik, weil diese in den Sog eines globalen Konfliktes hinein gezogen wird.

So müsste sich beispielsweise – der Sachlogik folgend – Europa mit den USA im „Kampf gegen die Islamisierung“ ohne Wenn und Aber solidarisieren, denn die USA sind sogar unbestreitbar christlicher als das heutige Europa. Das käme den US-amerikanischen „Falken“ sehr zu pass, denn die brauchen und suchen ja Verbündete für ihre Kriege in West- und Zentralasien. Dass es dabei im Grunde um Machtinteressen, um die Herrschaft über Öl- und Erdgasvorkommen geht, lässt sich durch die Idee einer christlichen Phalanx gegen den Islam wunderschön kaschieren. Unbelehrt durch die Mißerfolge im Irak und in Afghanistan befindet sich auch schon der nächste Kriegsschauplatz im Visier, nämlich der „islamische Gottesstaat“ Iran. Hier marschiert die Globalisierung auf ungute Art. Was hat das alles mit nationaler Politik zu tun?

Doch, in einem Fall liegt eine große Auseinandersetzung zwischen Christentum und Islam im nationalen Interesse, nämlich im Interesse des Nationalstaates Israel. Israel braucht Verbündete und wirbt um Unterstützung gegen seine als Bedrohung empfundenen islamischen

Nachbarn. Diese freilich sehen die Bedrohung umgekehrt. Die schier unendliche Geschichte dieses harten Konfliktes in Nahost kann hier nicht aufgerollt werden. Auszugehen ist von der gegenwärtigen Lage.

Angesichts dieser ist es nicht verwunderlich, wenn israelische Hardliner, um den Bestand ihres Staates sowie die Ausweitung des israelischen Siedlungsgebietes zu sichern, die Verbindung zu all jenen Kräften in Europa suchen, die, zwar aus anderen Gründen, ebenfalls gegen eine Islamisierung auftreten. Man ist sogar versucht, die hinter derartigen Ambitionen stehende politische Intelligenz zu bewundern. Auch ein Spiel mit verteilten Rollen ist nicht auszuschließen. Die Rechnung der in ihrem Selbstverständnis durchaus national handelnden israelischen Politiker, die hier involviert sind, scheint aufzugehen. So schreibt der schon erwähnte Andrea Ricci: „Dieser pro-zionistische Kurs des Niederländers wirkt auch auf viele deutsche Rechte sexy und lässt sie in das antideutsche Fahrwasser schlittern, ohne dass sie es selbst bemerken.“ Der objektive Beobachter kann den Eindruck gewinnen, dass hier eine geschickte Regie erfolgreich auf dem Klavier christlich-islamischer Animosität spielt.

Was liegt wirklich im Interesse Europas?

Auf einem anderen Blatt steht die Frage, ob bzw. inwieweit die Bildung einer ideologischen Front „Christentum gegen Islam“ im politischen Interesse der europäischen Nationalstaaten und der EU liegt. Niemand kann erklären, was es den Europäern positiv bringen könnte, wenn sie sich mit der gesamten islamischen Welt anlegen. Insbesondere national orientierte Politiker müssen sich die Frage vorlegen, was es für die Lösung der hier bei uns konkret gegebenen Probleme, die den Bürger plagen, überhaupt bringen kann, wenn sie sich in den Gordischen Knoten des Nahostkonfliktes mit hinein verwickeln lassen. Immerhin meinen Kenner des Nahostkonfliktes, dass er eine der Ursachen für den islamistischen Terror speziell gegen die USA sei, und zwar wegen deren Rolle als Schutzmacht Israels.

Die europäischen Völker müssen letztlich an einem dauerhaften Friedensschluss zwischen Palästinensern und Israelis interessiert sein, wofür übrigens auch politisch gemäßigte Israelis und jüdische US-Amerikaner seit langem eintreten. Hingegen werden mit dem Eintritt nationaler europäischer Politiker in die politischen Auseinandersetzungen im Vorderen Orient jedenfalls die Grenzen nationaler bzw. nationalstaatlicher Politik überschritten.

Mit einem Religionskonflikt zwischen Christentum – Islam – Judentum zu zündeln, mutet auch deswegen paradox an, weil – theologisch gesprochen – alle drei Religionen so genannte abrahamitische Religionen sind, indem alle drei den hebräischen Stammvater Abraham verehren. Dieser theologische Hinweis kann vielleicht zur Einsicht beitragen, auf welches Glatteis sich jene begeben, die nationale Probleme auf die konfessionelle Ebene verlagern möchten.

Nur Religionsfreiheit schafft Frieden zwischen den Konfessionen

Die Einstellung zu konfessionellen Fragen, zu Glaubensfragen, stellt einen Kosmos für sich dar. Natürlich stimmt es, dass Glaubensfragen in die Gestaltung der politischen Ordnungen hinein spielen. Diesbezüglich haben wir aber nach bittersten geschichtlichen Erfahrungen für uns alle dank der Aufklärung eine taugliche Lösung gefunden. Sie heißt: Religionsfreiheit. Nur sie bewahrt uns vor neuen Religionskriegen!

Wie sehr Glaubensfragen ein eigener Kosmos sind, hat uns jüngst erst der allseits hoch angesehene Abt des Stiftes Heiligenkreuz Gregor Henckel Donnersmarck vor Augen geführt.

In einem ganzseitigen Interview in der Zeitung „Die Presse am Sonntag“ vom 9. Jänner 2011 äußerte er sich als Katholik zu vielen Aspekten des Glaubens. Am Schluss des Interviews sagte er dann wörtlich: „Ich sehe nur für Europa schwarz, aber nicht für die Welt. Ich bin ja nicht ein Rassenkämpfer, der glaubt, der europäische Katholizismus müsse sich durchsetzen. Einen Schmarren! Es ist wichtiger, unseren Glauben als unsere Gene weiterzugeben. Wenn Irakis, Philippiner und Südkoreaner als neue Christen nach Europa kommen, dann ist mir das alte Europa ziemlich egal.“

Das lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Man muss dem Abt dankbar sein, dass er mit zwei griffigen Worten messerscharf die Grenze zwischen nationaler und konfessioneller Politik markiert hat: Gene oder Glaube. Selbstverständlich steht es jedem einzelnen Mensch frei, wofür er sich persönlich entscheidet. Doch wenn es um die gesellschaftspolitische Priorität geht, entscheidet sich konfessionelle Politik für ihren Glauben, nationale Politik hingegen muss den Genen den Vorrang geben. Das vom Abt gewählte einfache Wort Gene steht hier sinngemäß für Abstammung, für Herkunft, für Generationenabfolge, für Geschichte, kurz: für gewachsenes Volkstum. Und nationales Politikverständnis sieht sich zuallererst in der Verantwortung für das eigene Volk.

Ein „Blutaustausch“ oder – *horribile dictu* – eine „Umvolkung“ ist für nationale Politik eben keine Option, für primär konfessionell orientierte Politik aber schon – wie es der Abt verdeutlicht hat. Genau das macht den entscheidenden Unterschied aus.

Man kann allen in Verantwortung stehenden Politikern nur dringend anraten, mit konfessionellen Konfliktstoffen behutsam umzugehen. Solche Konflikte, brechen sie erst einmal so richtig aus, bergen in sich das Potenzial zu Flächenbränden mit unkalkulierbarem Ergebnis. In diesem Punkt sollten wir endlich einmal wirklich aus der Geschichte lernen.